

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Dr. Martina Bunge, Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Rosemarie Hein, Dr. Barbara Höll, Dr. Lukrezia Jochimsen, Harald Koch, Jan Korte, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Stefan Liebich, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Alexander Ulrich, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der vereinbarten Debatte „20 Jahre Deutsche Einheit“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch 20 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit stagniert die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Unverändert besteht eine soziale und wirtschaftliche Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland, die zeigt, dass die bisherige Strategie des Nachbaus westdeutscher Strukturen gescheitert ist. Im diesjährigen Jahresbericht stellt die Bundesregierung lediglich die Möglichkeit einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an diejenigen in strukturschwächeren westdeutschen Ländern bis zum Jahr 2019 in Aussicht. Damit bekennt sich die Bundesregierung endgültig zu einer Abkehr von dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland anzustreben.

Die anhaltende Ost-West-Spaltung etwa hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, der Einkommenshöhe oder der Wirtschaftskraft allein auf eine vermeintlich desolante Ausgangslage nach dem Mauerfall zurückzuführen und den strikten Privatisierungskurs der Treuhandanstalt als notwendige Aufbauleistung zu würdigen, ist auch im diesjährigen Bericht nicht überzeugend. Zu den wichtigen sozialen Themen wie beispielsweise Armut oder Wohngeldbezug, von denen Ostdeutschland überproportional betroffen ist und die Basis der anhaltenden Ost-West-Unterschiede sind, enthält der Bericht keine Angaben. Auch hinsichtlich der Einführung eines einheitlichen Rentenrechts, die CDU, CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben, ist die Bundesregierung bislang tatenlos geblieben und kündigt auch im Bericht keine konkreten Schritte an.

Zwar muss gewürdigt werden, dass im diesjährigen Bericht erstmals mehrfach positiv auf Erfahrungen aus der DDR verwiesen wird, auf die für die Umsetzung gesamtstaatlicher Vorhaben im Gesundheitsbereich zurückgegriffen wurde, wie etwa bei der Einführung des Modellprojekts AGnES (Arzt entlas-

tende, Gemeinde-nahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) oder dem Infektionsschutz. Ein aufrichtiges Bemühen der Bundesregierung, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West anzustreben und die deutsche Einheit mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall endlich zu vollenden, kann allerdings nicht erkannt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland einzuführen, die alle Vorhaben einer Prüfung ihrer Auswirkung auf Ostdeutschland und gegebenenfalls auf strukturschwache westdeutsche Regionen unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht,
2. den Erfahrungsvorsprung Ost vom Gesundheitsbereich auf andere Politikfelder wie das Niveau öffentlicher Kinderbetreuung auszudehnen, damit alle Bundesländer von den guten Errungenschaften Ostdeutschlands profitieren können und
3. schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem unter Beibehaltung der Hochwertung der Entgelte in Ostdeutschland der Rentenwert (Ost) an den Rentenwert angeglichen wird.

Berlin, den 28. September 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion